



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

588 (20.12.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207021](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207021)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus...
Verlag: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die 11. Seite 100...
Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die 11. Seite 100, —
Stellengef. u. Sam. Gen. Ausg. 50, — Nachl. Restanten 100, —
Annoncenblatt: 100, — Mittagsblatt vorm. 5, — Uhr. Abendbl. nachm. 5, — Uhr. Jähr. Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Annoncen
u. keine Verantwort. Abenn. Gd. Herr. Gemalt. St. 100, —
Druckerei: 100, —
oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme
von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gebühr.

Die neue Reparationsbewegung

Ueber die politischen Zusammenhänge in der Frage des jüngsten Schrittes Amerikas zur Lösung des Reparationsproblems schreibt der diplomatische Vertreter der „S. A.“ u. a.:
Der erste Anstoß zu der neuen politischen Reparationsbewegung erfolgte durch die in Berlin erstatteten Gutachten der amerikanischen Sachverständigen über die Stabilisierung der Welt. Ausländische Sachverständigen über die Stabilisierung der Welt. Dubois und Hissinger hatten darauf lange Unterredungen mit Poincaré in Paris, der nach der Londoner Konferenz dann die militärische Ruhebewegung aus seinem Programm strich.

In London erfolgte dann während der Konferenz der Ministerpräsidenten die Zusammenkunft der drei amerikanischen Botschafter und des Senators Mc Cormick, der ebenso wie der Berliner Botschafter Houghlan in Berlin mit dem Reichskanzler und mit dem Außenminister in Verbindung genommen hatte, und wobei Mc Cormick eine amerikanische Erklärung erst dann in Aussicht stellte, wenn sich der Grundgedanke J. P. Morgans vom Juni d. J. durchgesetzt habe.
Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß die amerikanische Regierung eine Anleihe gewähre. Was die amerikanische Regierung in dieser augenblicklichen Lage tun kann, ist nichts anderes als den Anstrengungen, die europäische Lage ins Gleichgewicht zu bringen, ihre Unterstützung zu gewähren, falls wirtschaftliche Ruhebewegung der amerikanischen Hochfinanz, die von der Standpunkt der amerikanischen Hochfinanz, die von Morgans auch dem deutschen Botschafter Wieblich gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde, läßt sich dahin zusammenfassen, daß die amerikanische Regierung unter der Voraussetzung zu heißen, daß drei Bedingungen

erfüllt werden:

1. Die Sicherheit, daß die Gelder, die aus Amerika fließen, nicht für militärische Zwecke Verwendung finden.
 2. Daß die Völker, die durch den Versailler Vertrag auf dem deutschen Staatsvermögen ruhen, zugunsten einer solchen großen internationalen Anleihe den Vorrang erhalten.
- Daneben und darüber hinaus würde es Amerika begrüßen, wenn durch eine feierliche Erklärung der deutschen Regierung nochmals bestätigt würde, daß ihre alle aggressiven militärischen Absichten fernliegen, und außerdem daß die deutsche Regierung auch nach die Erklärung abgibt, daß sie sich bei der gegenwärtigen geographischen Lage endgültig beruhigt.

Die amerikanische Regierung hat nach Rücksprache mit Morgans

Faktor nach Paris
ausgestreckt, um festzustellen, in welcher Form Poincaré geneigt sei, außer dem Verzicht auf die Ruhebewegung auch noch die Erklärung abzugeben, wonach Frankreich seine erste Hypothek auf das deutsche Eigentum zugunsten einer großen internationalen Anleihe in eine zweite Hypothek zu vermindern gedenkt. Frankreich scheint noch nicht entschlossen zu sein, der neuen Anleihe, die auch seinen eigenen Finanzen zugute kommen soll, den Vorrang einzuräumen, und das ist der eigentliche Kernpunkt der ganzen Frage. Es ist möglich, daß Poincaré hinsichtlich dieser beiden Fragen die diesbezüglichen Erklärungen nicht abzugeben gewillt ist, und er einem nachfolgenden Schlag machen muß.

Am die internationale Wirtschaftskonferenz

Das „Echo“ veröffentlicht folgende Nachricht: Wie wir es schon gesagt haben, hat die Regierung der Vereinigten Staaten in keiner ihrer amtlichen Mitteilungen ein unmittelbares Eingreifen in die Reparationsfrage in Aussicht gestellt, die ihr von einem Teil der Presse zugesprochen werden. Aber im Laufe verschiedener Unterhaltungen und, ohne seinen Gedanken eine sehr klare Form zu geben, hat Staatssekretär Hughes Gelegenheit gehabt, seine Ansicht über das Verfahren auszusprechen, das am vortheilhaftesten anzuwenden werden könnte, um der augenblicklichen Schwierigkeiten Herr zu werden. So hat er von einer Wirtschaft- und Finanzkonferenz gesprochen, an der nicht nur die ehemals kriegsführenden Staaten, sondern auch die neutralen Staaten teilnehmen sollen, die einen unparteiischen Gerichtshof einsetzen könnten, dessen Aufgabe es sei, objektiv und wissenschaftlich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen.

Die Interpellationsdebatte im französischen Senat verflohen

Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die für Donnerstag im Senat anstehende Interpellationsdebatte über die äußere Politik nicht stattfinden wird, sondern um acht Tage verschoben würde. Dieser Umstand beweist, daß der Senat eine tiefere Kenntnis über die Verhandlungen zwischen Hughes und Poincaré hat und diese Verhandlungen nicht zu hören wünscht.

Der „Figaro“ erklärt sich öffentlich zugunsten einer amerikanischen Anleihe an Deutschland, und zwar aus folgenden Gründen: Die Deutschen jammern in der ganzen Welt, daß sie sich in tiefstem Elend befinden. Mit dieser „Propaganda“ müssen sie lauthörig, wenn sie endlich das amerikanische Geld betämen. Wir können uns nichts Besseres wünschen, als daß die Amerikaner den Deutschen endlich das Geld geben. Es wäre endlich Ruhe und wir wären in der Lage, mit unserm Schuldner endgültig abzurechnen. Hier scheint ein Versuch gemacht zu werden, die öffentliche Meinung neu zu orientieren.

Auslöschung für Einigkeit unter den Alliierten

Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note der „Agence Havas“: Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß sich die Alliierten noch Paris begeben wird, wenn nicht die diplomatischen Vorbereitungen der Konferenz auf einem Punkt angelangt sind, daß sich die Herstellung von Einigkeit unter den Alliierten als sicher voraussehen läßt.

Ein neues Druckmittel auf Bayern

Admiral Degen veröffentlicht Eindrücke, die er auf einer Rheinreise erhielt, im „Journal“. Er interessiert sich hauptsächlich für die Frage, welche „wirksame Druckmittel“ gegen das ententfremdete Bayern angewendet werden könnten. Sein Vorschlag geht dahin, daß man die Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich in Ingolstadt und Passau ereigneten, den Kohlenverkehr nach Bayern einfach unterbinden müsse. Diese Maßnahme würde sich in Düsseldorf treffen lassen. Die Verschöpfung der Ruhrwerke nach Bayern würde durch Absperrung des Rheins unmöglich. — Wirklich ein Gemütskranke, dieser Herr Admiral, der, wie es scheint, sich immer noch im Krieg mit Deutschland zu befinden glaubt!

Die Berliner Beratungen

Berlin, 20. Dez. (Von uns. Berl. Büro.) Die Sachverständigen-Besprechungen in der Reichskanzlei gehen nach wie vor weiter und zwar gruppenweise. Das Finanzministerium bespricht die einschlägigen Fragen mit den Vertretern der Banken und der Industrie, das Reichswirtschaftsministerium verhandelt mit den Vertretern des Handwerks, des Handels und der Gewerkschaften. Es handelt sich dabei immer noch um Vorbesprechungen. Pläne in fester Form bestehen z. Zt. noch nicht, und es ist auch nicht zu erwarten, daß vor Weihnachten Neues, Entscheidendes beschlossen werden wird.

Zu den Besprechungen sind auch Vertreter der drei Gruppen der Gewerkschaften geladen worden. Wenn bisher nicht alle Vertreter dieser drei Gruppen gedrückt worden sind, so lag das daran, daß die eingeladenen Herren verhindert waren, zu erscheinen. Die ständige Entrüstung des „Vorwärts“ ist also, wie wir bereits festgestellt konnten, durchaus unbegründet.

Von einer Pariser Mission des Hamburger Bankiers Reichsior, die wir von vornherein als unwahrscheinlich bezeichneten, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt. Man hat gesagt, daß die deutsche Regierung dem amerikanischen Vorschlag, eine internationale Bankierkonferenz einzuberufen, bereits zugestimmt hat. In offiziellen Kreisen ist dies, wie wir hören, nicht geschehen; doch werde die deutsche Regierung voraussichtlich keine Bedenken tragen, einem solchen Vorschlag zuzustimmen, wenn er an sie herangetragen würde.

Die belgischen Nationalisten und der Rhein

Poincarés Kammererklärungen haben in der annerkennungsbewegten belgischen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der französische Ministerpräsident hätte bei den führenden Männern des belgischen „Comité de politique nationale“ keine Gnade gefunden. Das Blatt „Nation Belge“ greift Poincaré scharf an, weil er die Ruhebewegung nicht als bewachtend angestanden hat. Es stellt dem Pariser Kabinettschef nur noch wenige Wochen Lebenszeit aus, denn — so glaubt das Blatt — der Bloch werde sich nicht mehr lange durch die Besprechungen des Ministerpräsidenten, der eine aktive Reparationspolitik versprochen, hinhalten lassen. In dem Wochenblatt „Politique“ rechnet Rothomb mit Poincaré wegen der „schändlichen“ Antwort ab, die der Ministerpräsident dem Herrn Lloyd George gegeben habe. Rothomb erklärt, daß Poincaré gerade die Ausführungen Lloyd Georges hätte benutzen müssen, um die Rheinlandpolitik Frankreichs und Belgiens gründlich auseinanderzusetzen. Ja, es ist richtig — so schreibt er —, daß die Rheinprovinzen von Preußen losmachen müssen. Weshalb stellte es Poincaré in Abrede? Aus Schwäche? Dann müge er gehen und einem anderen Mann Platz machen. Aus Politik? Auch das war ein Fehler, denn ohne eine richtige Rheinlandpolitik gibt es keine Ruhebewegung. Beides gehört zusammen. Poincaré hat seinem Lande einen furchtbaren Schaden gemacht. Er enttäuschte die rheinischen Sonderländer in Bonn. Rothomb verlangt von den französischen und belgischen Rheinlandsfreunden, daß sie keine andere Politik befürworten mögen, als die der „occupation et profondur“ (Besetzung in die Tiefe).

Erhöhung des Preises des Umlagegetreides

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Preis des dritten Sechstels der Getreideumlage auf 165 000 M für die Tonne Roggen mit den entsprechenden Abzügen für die anderen Getreidearten festzusetzen. Wichtigkeit wurde beigemessen, eine Vorlage einzubringen, wonach der Endtermin für die Ablieferung des Umlagegetreides vom 15. April auf den 15. März zurückverlegt wird. Zur Erläuterung und Begründung dieser Preis-erhöhung führte der neue Ernährungsminister Dr. Lütke vor Preisverteilern aus:
Die Regierung erwarte, daß die Landwirte aus dieser sehr erheblichen Steigerung gegenüber den bisherigen Preisfestsetzungen erkennen, daß die Regierung entschlossen ist, ihnen die wirtschaftliche Grundlage zu einer vollen Anspannung ihrer Kräfte auch für die kommende Ernte zu gewährleisten. Der möglichst baldigen Ueberführung der diesjährigen Ernte in die öffentliche Hand solle die beabsichtigte Rückverlegung des Ablieferungsstermins für das Umlagegetreide dienen. Die Regierung hegt ferner die Erwartung, daß die Verbraucher, deren eigenes Interesse die Ablieferung des Umlagegetreides und die Vorbereitung der nächstjährigen Ernte ist, der Notwendigkeit einer Preisfestsetzung Verständnis entgegenbringen, die den Landwirt allgemein in die Lage versetzt, seine hauswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Regierung hat auch Schritte getan, um den Erud der Mitte Januar zu erwartenden Preisverteilung unter Berücksichtigung der gesamten dann obwaltenden Gebührensverhältnisse tunlichst zu erleichtern. Der neue Abgabepreis der Reichsgetreidestelle kann aber noch nicht angegeben werden, da dabei mancherlei noch unbekannte Umstände mitsprechen.

Die Getreidepreiserhöhung für sich allein, wird nur etwa eine Steigerung des Brotpreises um zwei Drittel des bisherigen Preispreises nach sich ziehen, da sich der Brotpreis auch nach dem Preise des zu einem erheblichen Teil bereits ermorbenen Auslandsgetreides, den Frachtkosten und sonstigen Verarbeitungs-kosten u. dgl. richtet. Weiter soll neben den Maßnahmen für Beamte und sonstige öffentlich Bedienstete auch Vorzüge getroffen werden, um den Sozialrentnern und anderen aus sozialen Gründen zu Beträuben im Rahmen des Januargeldwertes die Wirkungen der Getreidepreiserhöhung zu erleichtern, die im wohlverstandenen Gesamtinteresse unseres Volkes nicht zu umgehen war.

* Der irische Senat hat am Dienstag die erste seit mehr als 100 Jahren einem irischen Parlament vorgelegte Gesetzesvorlage angenommen.

* Polen und Rußland. Der polnische Vertreter bei der Sowjetregierung Knoll besichtigte sich auf seinen Posten nach Rostau zurück. Der Sozialist wegen der Anerkennung des russischen Vertreters in Warschau, Doleniski, hat damit seine Erledigung gefunden.

* Keine Degradation der Siegesjulen-Mentale. Der Reichspräsident hat die ihm von dem Ausschuss für vorgeschlagene Amnestierung der Verurteilten des Anschlages auf die Siegesjulen in Berlin, die bis jetzt Zuchthausstrafen von anderthalb Jahren verhängen, abgelehnt.

Regierung und Revision

Von Präsident v. Glaser.

In der Programmrede des neuen Reichskanzlers hieß es: „Das Wort: Erst Brot, dann Reparationen, fügt die Politik der alten und neuen Regierung ohne Bruch ineinander“. Die Erkenntnis, daß die Lebensmittelforschung des deutschen Volkes der Zahlung von Reparationen unbedingt vorangehen muß, ist von der Regierung nicht erst recht spät gekommen; das Wort „Erst Brot, dann Reparationen“ hat der Reichskanzler nicht erst im Laufe des letzten Sommers ausgesprochen, bis dahin lebte er anscheinend nur im Wahne der Erfüllungspolitik. Auch seine ganze Stellungnahme zum Versailler Diktat erschöpfte sich fast bis zuletzt in der Verfolgung des unmöglichen Zieles der Erfüllung. Selbst in der Erörterung der Schuldfrage, die den Ausgangspunkt für die Revision des Friedensvertrages bildet, ging er konsequent aus dem Wege; das im September d. J. ausländischen Vertretern gewährte Interimverbot als Ausnahme nur die Regel. Auch gelegentliche Verlautbarungen einzelner Reichsminister konnten an dem Gesamtgebilde nichts ändern, dem Ministerium nicht fehlte es vollständig an einer einheitlichen Auffassung, wie an einem einheitlichen Vorgehen in der Frage der Revision des Friedensvertrages.

Umso mehr darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die neue Regierung in dieser entscheidenden politischen Frage eine andere Stellung einnehmen wird. In der Programmrede wird das Diktat von Versailles als ein Vertrag bezeichnet, „der mit einem rechtsgültig geschlossenen Vorvertrag nicht im Einklang stand“. Diese Kennzeichnung ist zweifellos zutreffend; es ergibt sich daraus aber auch, daß der Friedensvertrag, soweit er mit dem auf der Grundlage des Wilson-Programmes abgeschlossenen Vorvertrag nicht im Einklang steht, rechtswirksam ist. Weiter heißt es in der Rede des Reichskanzlers: „So wenig die tragische Frage der Schuld am Weltkriege für das richtige Gewissen der Weltgeschichte durch irgend ein geschriebenes Wort entschieden werden kann, ebensowenig kann es für uns, den Titel des Verlorenen, nicht verschuldeten Krieges zu leugnen. Die Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, ohne jegliches Säumen alles beizutragen, was ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeiführen kann.“ Bemerkenswert hierbei ist, daß der Krieg als verloren, aber ausdrücklich nicht als verschuldet bezeichnet wird; darin liegt eine bestimmte Abwehr gegen die Schuldfrage. Wenn die Regierung alles beitragen will, um ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeizuführen, so wird sie in allen Volksteilen allgemeine Zustimmung dazu finden. Je weiter die Klärung in der Schuldfrage fortschreitet, je weiterher die Staatsarchie in Deutschland, Österreich und Rußland geöffnet werden, umso klarer ergibt sich der Gehalt der Archive der Gegner die Schuld der Entente-regierungen am Weltkriege. Wenn aber das Fundament des Versailler Vertrages erschüttert ist, so ist die Notwendigkeit einer durchgreifenden Revision von selbst gegeben.

Die Revisionfrage darf ebensowenig wie die Schuldfrage unter innerpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden, sie ist eine Angelegenheit der auswärtigen Politik unter dem Ministerium. Die Politik, welche die auswärtige Politik unter dem Ministerium nicht spielen darf, wird von der neuen Regierung nicht fortgesetzt werden. Wie sehr die Außenpolitik in den Hintergrund getreten war, ergab sich schon daraus, daß zeitweise und wiederholt ein Minister des Auswärtigen im Hauptamt nicht mehr vorhanden war. Wir waren aber nur noch Objekt, nicht mehr Subjekt der internationalen Politik, und die deutsche Regierung unterließ diese Aufgabe durch ihre Passivität und Schwäche. Es gab kaum eine Forderung der Entente, die nicht ganz oder teilweise erfüllt worden wäre, auch wenn unsere Ehre dadurch getroffen wurde. Mit dieser eines großen Volkes unwürdigen Politik wird jetzt gebrochen werden. Das zeigt sich schon in der Haltung der Regierung zu der unerhörten Schändelung für die Vorfälle in Ingolstadt, Passau und Stettin. Der Reichskanzler Cuno hat aber auch schon einen bemerkenswerten Erfolg dadurch erzielt, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem besetzten Gebiet auf seine Initiative in dieser kritischen Zeit ausgeführt worden ist. Diese Maßnahme stellt sich als ein deutlicher Gegenstoß gegen die Kaupläne Poincarés dar.

Auch in der Revisionsfrage wird ein praktischer Erfolg sich wohl nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten erreichen lassen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die amerikanische Regierung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung gegenüber der europäischen Politik heraustritt, wofür bestimmte Anzeichen ja jetzt vorliegen. Von großer Bedeutung ist natürlich auch die Volksstimmung. Daß auch hierin neuerdings ein Umschwung zu unseren Gunsten eingetreten ist, zeigt sich deutlich in dem auffallenden Mißtrau, das Clemenceau mit seinen Werbeorträgen in Amerika erlitt hat. Dieser Umschwung ist besonders der Aufklärungsarbeit der Deutschamerikaner zu verdanken, die wieder durch eine umfassende Aufklärungsarbeit privater Kreise von Deutschland unterstützt wird. Aber gerade von deutschfreundlichen Amerikanern ist öfters darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die Schuldfrage und gegen das Diktat von Versailles in den Vereinigten Staaten mit viel größerem Erfolge geführt werden könne, wenn die deutsche Regierung sich dabei an die Spitze stellen und die Aufklärungsarbeit leisten würde. Diese Auffassung wird auch von hervorragenden Männern in England, wie Keynes und Mores, geteilt, die ebenfalls die Revision des Friedensvertrages für das entscheidende Mittel halten, um aus der allgemeinen Not endgültig herauszukommen. Wenn die neue Regierung die Führung im Kampfe gegen Versailles übernimmt, wenn sie in der Revisionsfrage entschlossen die Initiative ergreift, dann wird sie in Deutschland auch überall das Vertrauen finden, das der Reichskanzler mit Recht in den Vordergrund gestellt hat. Dann wird sich auch die außenpolitische Einheitsfront herausbilden, die uns fast ebenso nützt, wie das tägliche Brot.

Krisenluft in Lausanne

Der scharfe Widerstand der türkischen und russischen Abordnungen in der Frage der Meerengen, über den wir bereits berichtet haben, hat jetzt zu zahlreichen Gerüchten über den bevorstehenden Abbruch der Lausanner Konferenz Anlaß gegeben. So soll ein Mitglied der türkischen Delegation am Dienstagabend erklärt haben, die Konferenz sei in ihren kritischen Augenblick eingetreten; wenn man bis zu einer bestimmten Frist den türkischen Vorschlägen nicht gerecht würde, so würden die Türken die Verhandlungen abbrechen, wenn es geht um den Bestand der Türkei.

Andererseits rechnet man bestimmt damit, daß die Konferenz von Lausanne ihre Arbeiten während der Weihnachtstagespause fortsetzt und bis gegen Ende Januar tagen wird. Curzon wird wahrscheinlich bis zum Ende der Konferenz in Lausanne bleiben.

* Generalsoboff von Wolras, der früherer langjähriger Generaladjutant Kaiser Franz Joseph I. und Chef der Militärkanzlei, ist in Baden bei Wien im 85. Lebensjahre gestorben.

* Im württembergischen Landtag billigten die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei das Vorgehen der Regierung gegen die Nationalsozialisten.

Die Kreditnot der Landwirtschaft

Die Geldentwertung hat es mit sich gebracht, daß alle Gewerke immer mehr unter einer katastrophalen Kreditnot zu leiden haben, besonders die Landwirtschaft. Denn jeder Rückgang ihrer Leistungsfähigkeit bedeutet eine Vermehrung der Ernährungsschwierigkeiten. Um Klarheit über diese Fragen zu schaffen, tagte der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei für Landwirtschaft am 12. Dezember in Berlin und kam nach eingehenden Beratungen im Anschluß an ein Referat des Direktors der Pr. Hauptlandwirtschaftskammer Dr. v. Mikrod zu folgendem Ergebnis:

Die Kreditnot der Landwirtschaft ist darauf zurückzuführen, daß ihr nicht die nötigen Mittel aus den laufenden Einnahmen zurfließen, um die für die Bestellung, insbesondere für die Kopfdüngung notwendigen Düngemittel einzukaufen. Wesentliches als die Frage einer vermehrten Einfuhr von Chile-Salpeter und einer Steigerung der heimischen Düngemittelproduktion ist die Frage, ob die Landwirtschaft überhaupt die vorhandenen Düngemittel fernertreiben wird. Infolge der allgemeinen Geldentwertung ist die Beschaffung von Düngemitteln für das nächste Wirtschaftsjahr wenigstens 500 Millionen Mark höheren Geldwertes. Dabei werden für das erste Drittel der Getreidemenge noch nicht 24 Millionen gezahlt. Kennzeichnend für den freien Verkehr sind wegen der schlechten Ernte nicht zur Verfügung. Der Getreidebau bildet aber immer die Grundlage der landwirtschaftlichen Betriebsführung. Aus diesem Grunde ist die Allgemeinheit an der Frage der Kreditbeschaffung durchaus interessiert, weil eine schwere Gefahr für die nächste Ernte droht.

Die Landbesitzer und sonstigen öffentlichen Kreditinstitute sind bei der geringen Erhöhung der Belastungsgrenzen nicht im Einklang mit der Lage, den Ansprüchen an Realrediten zu genügen. Auch die Beschaffung von ausreichendem Betriebskredit, der infolge der allgemeinen Geldentwertung eine erhebliche höhere Bedeutung als vor dem Kriege erlangt hat und der in der Hauptsache auf genossenschaftlichem Wege beschritten werden mußte, genügt bei weitem nicht mehr den Bedürfnissen. Kurzfristiger Bankkredit kommt für die Landwirtschaft wegen ihrer Eigenart kaum in Frage, weil kein schneller Warenumschlag möglich ist.

Die wichtigste Quelle der Befriedigung des Betriebskreditbedarfs bedeuten immer noch die über 3500 ländlichen Genossenschaften. Sie müssen darauf bedacht sein, Kredite wirklich nur für produktive Zwecke zu gewähren. Sie müssen ihre Geschäftsanteile in den Anträgen der Geldentwertung bei weitem erhöhen. Von den Bankkreditoren dagegen wird erwartet, daß sie alle künftigen Gelder nur an die Genossenschaften abfließen lassen. Zur gänzlichen Befriedigung der Geldbedürfnisse muß die Wiedereinführung des Bankgenossenschafts und die Aufhebung des Depotzwanges gefordert werden. Staatliche Kredite sind unentbehrlich. Der in Aussicht gestellte Reichskredit muß zu einer möglichst weitgehenden Befriedigung des Düngemittelbedarfes verwendet werden. Des weiteren müssen die Mittel bei der Bezahlung des Umlagezinses und des Zinses, der viel zu spät erfolgt, befreit werden. Von der Reichsbank ist zu verlangen, daß die Lombardierung des Zinses bei den Kassen erleichtert wird.

Eine wesentliche Hilfe ist nur dadurch herbeizuführen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse so bezahlt werden, daß es der Landwirtschaft möglich ist, wie früher ihre Betriebsführung in der Hauptsache aus den laufenden Einnahmen zu erhalten. Diese Frage spielt bei der neuen Regelung der Getreidepreise die wesentlichste Rolle. Es gilt also, hier nicht wieder kurzfristigen Forderungen der Straße nachzugeben, sondern weitestgehende Produktionspolitik zu treiben. Die Ueberwindung der Zwangswirtschaft hat dem deutschen Verbraucher bisher nur eine ganz unvollständige Befriedigung des Brotes gebracht, dagegen die Produktion und damit die Ernährung der Zukunft auf das Schwerste bedroht.

Der gemeinnützige Wohnungsbau

hat infolge der Umstände, daß ihm von Reich, Staat und Gemeinde nicht im ausreichenden Maße die Mittel zur Durchführung großzügiger Pläne zur Verfügung gestellt werden können, unter immer größeren Schwierigkeiten zu leiden. Diese Schwierigkeiten sind nunmehr ihre Tätigkeit heraus zu stellen. In Berlin wird die Aufstellung betriebl. der die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues am besten von einzelnen Ländern übertragen nicht, daß es bedenklich wäre, infolge der außerordentlichen Beschleunigung innerhalb der Länder eine reichsweite Regelung zu legen. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde dieser Tage eine Besprechung über den vom Wohnungsamt des Reichstages gemachten Vorschlag abgehalten. Danach ist zu möglichem Maße aus den Staatswaldungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereit zu stellen. Die anwesenden Vertreter des Wohnungsausschusses des Reichstages, der Reichsvereinigungen der Länder und des Reichsverbandes der Bauvereinigungen erklärten sich aus den eingangs erwähnten Gründen einstimmig

Die lachende Maske

Roman von Paul Oskar Häder Copyright by S. Engelhorn's Nachf.

(Fortsetzung) (Nachdruck verboten)
„Ich hätte eben ja festestes Vertrauen... Aber der gesunde Menschenverstand muß doch jedem sagen, daß ich in den paar Jahren nicht neunzigtausend Mark aufgebracht habe — und daß ich Annas Vermögen in derselben Zeit nicht um den dritten Teil vergrößert haben kann!“
Der Geheimrat hob die Achseln und seufzte. „Meine liebe, gnädige Frau, wenn Sie so bestimmt der Meinung sind, daß Sie rechtsgültige Ansprüche an den Reichslosh Ihres Schwagers haben, dann halte ich es für das einzig Richtige, daß Sie die gerichtliche Klage anstrengen.“
„Die Klage — gegen meine Schwester?“
„Und gegen mich. Jawohl.“
„Klagungslos so? Sie da. Was ihr helfen konnte, war nur die rasche Abfindung der Rantion. Sie brauchte das Geld sofort — so brauchte es noch heute!“
„Ob nicht Anna vielleicht die Summe — einstellten — leihen könnte?“ begann sie schließlich nach einer Weile, indem sie die Hände triumphal inreinander presste.
„Ausgeschlossen, gnädige Frau. Bedenken Sie: eine Rantion kann verfallen.“
„Aber ich bürge doch für ihn — und mein Mann denkt ja gar nicht daran, sich der Untersuchung zu entziehen!“
„Sie machen mir's sehr schwer, meine liebe, gnädige Frau. Ihr Herr Gemahl hat sich doch eben selber als — sehr temperamentvoll erwiesen. Er hat dem ersten lässigen Impuls. Eine Gewähr für ihn können Sie also doch wohl kaum übernehmen, Feuerkopf, der er ist.“
Hella fühlte einen würgenden Schmerz in der Kehle. „Mein Mann hat sich sehr — sehr verändert. Das Schicksal hat ihn zu sehr mitgenommen.“
Der Geheimrat hatte einen Rundgang durch sein Arbeitszimmer gemacht. Die junge Frau douerte ihn aufrichtig. Er blieb nun mitten im Zimmer stehen. „Ich möchte nur einen einzigen Ausweg. Suchen Sie meine Cousine auf. Bistrecht ist sie doch noch zu erweichen und streckt Ihnen die erforderliche Summe vor.“
„Tante Will hat mir auf keinen meiner Briefe mehr geantwortet.“
„Ach weih. Wo sie von der Verhaftung los, fiel sie in Ohnmacht. Frau von Kaimel hat mir die Szene geschildert. Es war ein böser Scherz für die kränkelnde alte Dame. Aber sie hat so ein

gegen die reichsweite Regelung der Bauholzabgabe, sprachen aber ihre Bereitwilligkeit aus, bei ihren Regierungen auf die Verpflichtung hinzuwirken, daß, soweit es noch nicht geschehen, bei der Aufholzwirtschaft aus Staats- und Kommunalwaldungen auf Deckung des Bedarfs für gemeinnützige Wohnungsbauten besondere Rücksicht genommen wird und, soweit das Holz nicht zu Vorzugspreisen, sondern zu jeweiligen Marktpreisen abgegeben wird, für die Verbilligung des Holzes besondere Zuschüsse gewährt werden. Die Verammlung gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß auch der Privatwald zu Bauholzabgaben herangezogen werden müsse, daß aber bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern die Regelung am besten ebenfalls in den Händen der letzteren verbleibe.

Am 11. Dezember hat sich dann der Wohnungsausschuß des Reichstages ebenfalls mit den vorstehenden Fragen befaßt; auch er kam in seiner überwiegenen Mehrheit unter Anerkennung der Leistungen der Länder zu dem Schluß, daß es bei der Verschiedenheit der Verhältnisse nicht zweckmäßig sei, anstelle der bestehenden Regelung innerhalb der einzelnen Länder eine reichsweite Regelung zu setzen. Der Wohnungsausschuß hat deswegen davon abgesehen zu bitten, den Erfolg eines Reichsgesetzes über die Abgabe von Bauholz für den gemeinnützigen Wohnungsbau ins Auge zu fassen. Er hat jedoch in Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage eine Entschlossenheit gefaßt, nach welcher der Reichstag die Reichsregierung ersuchen soll, auf die Länder und Gemeinden einzutreten, den gemeinnützigen Wohnungsbau durch verbilligte Bereitstellung von Bauholz aus staatlichen, kommunalen und privaten Waldungen zu fördern; im Interesse einer einigermaßen ausreichenden Wirkung hält der Ausschuß es für geboten, daß ein fester Holzpreis, etwa das hundertfache des Friedenspreises, für 5 Prozent des Holzpreises auf Grund gelegt wird, zumal die Anfänge und Aufarbeitung des Holzes eine weitere Steigerung des Bauholzes nach sich zieht, die das dreihundertfache des Friedenspreises wahrscheinlich übersteigen wird.

Die Ausführungen, die in der Berliner Sitzung der Vertreter der Länder gemacht wurden, haben gezeigt, daß die einzelnen Staaten in den abgelaufenen Jahren durch Bereitstellung von Bauholz durchweg viel mehr als allgemein bekannt ist, für den gemeinnützigen Wohnungsbau getan haben. So hat, um nur einige Länder anzuführen, Preußen alljährlich erhebliche Mengen Bauholz zur Verfügung gestellt (durchweg 150 000 Festmeter), das Holz zu Marktpreisen überwiesen, den Kaufpreis aber etwa 10 Monate gestundet und gleichzeitig eine Rückvergütung für jeden Festmeter verkauften Holzes gewährt; die Rückvergütung soll nach dem neuesten Vorschlag ein Drittel des Rohholzpreises betragen. In fast gleicher Weise hat Bayern vorgefahren. Württemberg hat alljährlich mindestens 100 000 Festmeter Bauholz bereitgestellt und der Baukosten zu einem Preise überlassen, der etwa 75 Prozent des Durchschnittspreises der zwei letzten dem Verkaufslage vorausgehenden Monate betrug. In Hessen wird Bauholz an Gemeinde- und gemeinnützige Bauunternehmungen freihändig abgegeben; die Abgabe erfolgt im allgemeinen zum Marktpreis, der jedoch um 20 Prozent ermäßigt wird, wenn es sich um Abgabe an Wohnzwecke handelt. In Thüringen wird Bauholz an Gemeinde- und Baugenossenschaften sowie an bedürftige Privatpersonen gegen Vorkauf zum Preise von 1000—2000 M je Festmeter. Bestimmungen ähnlicher Art sind von einer Reihe anderer Länder getroffen worden.

Die Bekleidungsindustrie in Baden

Die von Staatlichen Landesamt veröffentlichten Untersuchungen über die badische Textilindustrie befaßt sich in der neuesten Nummer der Staatlichen Mitteilungen auch mit der Bekleidungsindustrie. In ihr ist nach wie vor dem Kriege der kleingewerbliche Betrieb vorherrschend, die Fabrik bildet die Ausnahme. Sehr verbreitet ist noch die Heimarbeit. Unter Ausnutzung der Trikotfabrikation, sowie der Schuh- und Handschuhfabrikation, welche bereits früher im Zusammenhang mit der Textil- und Lederindustrie behandelt worden sind, verbleiben nach dem Stand am Schluß des Jahres 1920 etwa noch 120 Betriebe mit je 10 und mehr Arbeitern, in denen insgesamt — ohne Heimarbeit — 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Unter den Fabriken überwiegt die Kleinfabrik. Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern sind nur 4 mit insgesamt 900 Arbeitern und Arbeiterinnen ermittelt worden. Nahezu zwei Drittel von den 120 Betrieben mit an 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen betreiben die Häherel- und Kleidermaderel, Wäherel und Kleiderkonfektion.

Eine Mannheimer Fabrikfirma der Wäherelindustrie stellt wesentliche Cellulosewäherel her. Im übrigen befaßt sich die Bekleidungsindustrie in der Hauptsache mit der Herstellung von Pelzen- und Sommerkleidung. Teilweise sind die Beschäfte auf Aussteuer- oder Herrenwäherel beschränkt. Spezialbetriebe sind eine Mannheimer Wäherel- und Spezialberufswäherel (Wäherelwäherel) her, eine andere Fabrik Kleiderwäherel usw.

In der Kleiderindustrie arbeiten verschiedentlich auch große Bahngesellschaften in gewissem Umfange auf Lager. Die eigentlichen Kleiderfabriken führen mitunter die Bezeichnung „Mechanische Kleiderfabriken“. Einzelne Firmen in Mannheim und Heidelberg stellen nur Herren- und Knaben-Wäherel-Konfektion her. Der Rückgang der Wäherelindustrie nach dem Kriege hat verschiedene frühere Firmen in Karlsruhe, Rastatt und Konstanz veranlaßt, sich auf die Herstellung von Herren- und Knabenkonfektion, sowie von Beamtenuniformen u. Arbeitskleidern einzustellen. Außer in Karlsruhe und Rastatt ist die Berufs- und Arbeitskleidungsindustrie insbesondere noch in Mannheim, Pforzheim und im Konstanzbezirk fabrikmäßig vertreten; auch die Abteilung für Berufs- und Sportkleidung einer Konstanz Grobfirma war früher als Wäherel-Produktion eingestellt. Stark in Aufnahme gekommen ist die Herstellung von Sportkleidung, mit ihr befaßt sich u. a. auch Sportartikelabriken (Mannheim, Karlsruhe usw.). Blumen- und Schürzenfabriken gibt es in Mannheim und im Bezirk Pforzheim, bes. stellt eine Fabrik für Herren- und Damenwäherel in Pforzheim Blumen und Schürzen her.

Die Tuchmaderel beschäftigt in größeren Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern bzw. Arbeiterinnen (10) rund 350 Personen. Die größeren Tuchmaderelbetriebe betreiben sich hauptsächlich auf die Städte Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg und Mannheim. Eine Spezialindustrie des Landes befaßt sich mit der Anfertigung von künstlichen Blumen, und hat ihren Sitz hauptsächlich in Pforzheim (4 Fabriken) und im Umkreisgebiet Buchen (Walden um 9 Fabriken). Die Industrie beschäftigt ohne Heimarbeit etwa 600 Personen. Neben Brau- und Kommunikationsbetrieben werden künstliche Groß-(Perf-)Körbe hergestellt. Was die Hutindustrie angeht, so befindet sich eine bedeutende Haartulfabrik in Pforzheim, außerdem gibt es noch einige kleinere Haartulfabriken (Hut-)betriebe, verschiedentlich auch „Wäherel-Hutfabriken“, genannt. Unspezifische für Herren- und Damenwäherel, die sich auch mit der Färbung und Reinigung von Wäherel befaßt, gibt es allenthalben in den größeren Städten. Es wurden deren an 20 im Lande ermittelt; meistens sind es Betriebe kleineren Umfanges, die sich bisweilen auch aufarbeiten nennen. Von der letzter sehr ausgedehnten Strohhutmaderel des Hochschwarzwaldes ist unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz nur wenig übrig geblieben; zur Zeit bestehen im Schwarzwald noch 3 Strohhutfabriken in den Kreisen Litzberg und Wolfach. Die Pelzwarenindustrie ist außer durch eine Reihe von Großbetrieben durch eine Pelzwarenfabrik in Konstanz vertreten. Eine Krawattenfabrik, die gegenwärtig hauptsächlich für den Export arbeitet, befindet sich in Freiburg. Holentwerferbetriebe in Mannheim und Haidach. Mehrere Korsettfabriken sind in Mannheim, eine derselben, die gleichzeitig Wäherelbetriebe ist, beschäftigt mehrere Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. In Schwetzingen befindet sich eine Fabrik für moderne Haarkonfektion, eine Haarkonfektion in Mannheim. P.A.

Letzte Meldungen

Heidelberg, 20. Dez. Die Philosophische und Juristische Fakultät der Universität Heidelberg haben aus Anlaß der Schöpfung der neuen akademischen Würde des Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.) die folgenden hervorragenden Männer des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu Ehrendoktoren (Dr. rer. pol. honoris causa) ernannt: Professor Dr. Friedrich Knapp zu Darmstadt (früher in Straßburg), Geheimrat Prof. Dr. Hugo Brentano in Wien, in Chemnitz, den österreichischen Staatsminister a. D. Geh. Rat Prof. Dr. Franz Klein in Wien, Prof. Dr. Ludo Hartmann in Wien, Kommerzienrat Hermann Köhling in Heidelberg, Prof. Robert Douglas auf Schloss Langenstein, Vorstand Dr. Bennis Well in Mannheim, Kommerzienrat Stiegeler in Konstanz.

Wachau, 20. Dez. Die Leiche des ermordeten Präsidenten Karutowitsch ist gestern vom Schloss Belvedere nach dem Königslosh überführt worden und ist nun feierlich aufgebahrt. Im ganzen Lande haben Trauerkundgebungen stattgefunden.

Bern, 20. Dez. Der Nationalrat hat die Anträge des Bundesrats nach dem Bericht des Generals Wille über den aktiven Dienst während des Krieges angenommen. Der Bericht des Generals wird dem Bundesrat zur Verwendung bei der Neuordnung des Heereswesens überwiesen. Der Nationalrat lehnte den Antrag auf Wahl des Generals durch den Bundesrat ab.

Deag, 20. Dez. Laut Genso Slowo hat sich in Reichenberg eine Hörschule für Faschistenorganisation gebildet, die das Militär und die Genarmierte überträgt.

Christiania, 20. Dez. Der Kopenhagener Buchhändler Erichsen teilte dem Nobelpreiskomitee mit, daß er in Erinnerung der Arbeiten Friedrich Ransens den dem Friedenspreis entsprechenden Betrag von 122 000 dänischen Kronen zur Verfügung stelle, die Ranten zu teil werden sollen.

Keine Demütigung blieb ihr erspart. Daß sie dem Theater angehörte, machte sie erst recht verdächtig. Sie lernte das ganze Gend einer unheimlichen, auf unheimliche, unberechenbare Einnahmen angewiesenen Künstlerexistenz kennen. Die beiden Venturas, die noch bis zum vorigen Mal hohe honore von ihr eingestrichen hatten, zeigten sich sehr ablehnend, als sie hellas schlechte finanzielle Lage erkannten, gar erzuhen, daß sie Organisationsleiterinnen suchte, um sich einen leinen Erwerb zu schaffen. Ein paar schöne Schmalhäute, die hellas von der Mutter geerbt hatte, auch verschiedene Geschenke von Tante Will wanderten ins Verhöhn. Für ihren täglichen Bedarf brauchte sie ja nur wenig. Die beiden Vorderzimmer vermietete sie. Zum Glück fanden sich als Chambregangrassen zwei Schwägerinnen, eine Lehrerin und eine Kantongeschäfte, stille Damen, die sie nicht weiter belästigten. So erschwang sie wenigstens die Meise. Daß sie überhaupt den Mut fand, den kleinen Haushalt fortzuführen, erklärte sich aus ihrem Mittel mit dem Schwager, den die Erschütterungen so arg herumgerückt hatten.

Schlag um Schlag hatte sie getroffen, aber mit der ganzen Kraft ihrer Jugend wehrte sie sich.

Nur einmal brach sie zusammen: an dem Tage, an dem der Rechtsanwalter ihr schrieb, daß ihrem Mann die Vermögensverwaltung der Selbstverwaltung entzogen worden sei, weil bei der Gefängnisstrafe der im voraus dafür zu entrichtende Betrag nicht rechtzeitig eingekauft war.

Der Juwelier, den sie aufgesucht hatte, um das Schmuckstück auf seinen Wert hin prüfen zu lassen, zog die Verhandlung zwei Tage lang hin. Hinterher erfuhr Hella von Heinz, daß in ihrer Abwesenheit ein Polizeibeamter im Hause erschienen war, um Erkundigungen über sie einzuziehen. Telegraphisch zahlte sie das Geld ein, sobald sie's in Händen hielt.

Inzwischen war dem Untersuchungsgefängenen eine harte Prüfung auferlegt worden. Hella malte sich in schwärzlichen Farben aus. Es war das einzige Mal, daß Heinz sie trösten mußte. Sonst war es umgekehrt. Jemand eine kleine Formalität bei der Einzahlung des Geldes war nicht innegehalten worden, was eine neue Rückfrage zur Folge hatte: erst am neunten Tage besand sich der Wehrlose wieder im Besitz seiner eigenen Kleidung und Wäsche, der notwendigen Toilettengegenstände, war von der Gemeinschaft mit allerlei Gefinbel erlöst und durfte sich wieder selbst betätigen.

Er hatte sich von Hella die Ohren seiner Komposition schämen lassen. Zum Weiterarbeiten fehlte ihm in der trostlosen Umgebung natürlich die Fähigkeit. Aber es galt bei der Niederschrift der Partitur ja auch, viele technische Dinge zu erledigen — Arbeiten, zu denen es nicht der Stimmung, sondern nur des Nachdenkens, des Bedenkens bedurfte. Und an Hella fehlte es ihm nicht. Solange er über seine Manuskriptseiten bedacht an dem kleinen, roten Klopptisch der Jolle saß, konnte er sein Schicksal vergessen.

„Gutes Herz, die Ezzeleng, möglich, daß Ihre Notlage sie nun doch rührt. Also versuchen Sie Ihr Glück.“

Die letzte schwache Hoffnung führte sie nun auf den Weg nach Herrenhausen.

Das häßliche Landhaus lag in dem tief verschneiten Garten wie ein Dornröschenschloß. In den Nordblauen, kalten Winterhimmel stiegen die hohen, vom Schnee wie überzuckerten Pyramiden der Weltkammern. Vor allen Fenstern der beiden Stockwerke zogen sich weißflächige Kästen mit winzigen, ruhigen Längchen hin. Hella entsann sich einiger Weihnachtsfeste, die sie hier als Kind, als Backhülfe, als Musikliebende, als junge Künstlerin verbracht hatte. Dort in dem turmartigen Gaudhaus lag das Wohnzimmer ihrer Ezzeleng. Darin standen noch die Möbel aus der Zeit ihrer Großmutter, schöne, alte Wandgemälde im Biedermeierstil, wie sie eben wieder modern geworden waren. Sie schloß die Augen und hatte den Eindruck, sie atmete den feinen Lavendelduft des beglücklichen Raumes ein. An ein einziges Mal entsann sie sich, wo Klein-Anna in der Höhle des Rachehofens verbottenerweise einen Apfel gebraten hatte. Der Geruch war in jenem Winter lange nicht aus dem Zimmer gewichen.

Hella zog die Klingel am Gartentürr. Jemandem an der weiteren Umgebung des Landhauses frähe ein hehn, und durch den laueklaren Winterglanz lang aus dem offenstehenden Fenster der Küche in einem Nachbargarten frühliches Lachen. Eonst tiefes Stille. Man roch den Schnee. Klare, kalte Luft machte die Klüffern frischen.

Stetlich lange wartete Hella. Der Türöffner schien nicht zu funktionieren, denn ein Hausmädchen verließ die Wille und kam zum Öfter, öffnete die Tür aber nicht.

„Kein, Ezzeleng seien leider nicht imstande, Besuch anzunehmen. Und Frau von Kaimel sei ausgefahren.“

Hella nickte stumm. Sie hatte ihre Cousine Erni im oberen Stockwerk zwischen den Schelbengardinen, die mit breiten, gelbseidenen Bändern zusammengehalten waren, wohl erkannt. Also abgesehen. Der letzte Versuch abgeschlagen. Die Frau des Untersuchungsgefängenen erklärte nicht mehr für sie.

... Nun begann eine Zeit der bitteren Not für Hella. Die Darmmittel waren bald aufgebraucht. Auf den letzten Monatsgehalt hatte die Partei Hopfinger Befehl gelegt. Zahlungsbefehle gingen ein, eines Tages erließen der Gerichtsollzieher, und letzte Siegel an fast alle Möbel, auch an den Hügel. Heinz begleitete die Schwägerin zum Rechtsanwalts Eschfeld, der ihr in diesem Falle raten sollte, da Bernheim so eich nicht erreichbar war. Sie mußte nachweisen, daß der Hügel schon vor der Beschlagnahme ihr Eigentum gewesen sei, hieß es, und die Möbelstamma mußte intervenieren. Darüber kam es noch zu häßlichen Auseinandersetzungen mit dem Geschäftsvorleiter, der hier eine „Schließung“ mitteilte.

Städtische Nachrichten

Die neuen Gas- und Strompreise

Der Standpunkt der Direktion der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke

Von der Direktion der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke erhalten wir folgende Zuschrift:

Table with 4 columns: Item, 1914, 1922, and 1922 vs 1914. Items include Gas, Electricity, and various services.

Diese Darstellung zeigt, daß der Gas- und Strompreis weit unter dem Preis der notwendigsten Lebensbedarfsartikel liegt.

Was nun die Vorauszahlung anbelangt, so wird durch diese nichts anderes verlangt, als was jeder Kaufmann bisher bei Bezug seiner Ware schon immer getan hat.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß die Gas- und Stromverbraucher keinen Grund haben, gegen die ergriffene Maßnahme der sogenannten Vorauszahlungen und die Gas- und Strompreise anzukämpfen.

Die Direktion der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke zieht zum Vergleich des Mannheimer Gaspreises mit demjenigen anderer Städte nur Frankfurt und Freiburg heran.

Zum Streit in der Anilinfabrik

Bisher 14 000 Arbeiter in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik eingestellt

Die Belegschaft der B. A. S. F. folgt reiflos dem Ruf der Gewerkschaften und der Aufforderung der Direktion der B. A. S. F. zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Es gibt Leute, die ihr Leben gewissenhaft nach den Regeln der Gesundheit einrichten und doch sehr alt werden.

Wilhelm Süs

Wer in der Dessenlichkeit wirkt, muß beim 60. Geburtstag zum mindesten über sich und Bericht über sich ergeben lassen.

Es wird darin geschilbert, wie der aus einer Düsseldorf-Malerfamilie stammende Künstler sich den Einflüssen der Gebhardt-Schule entziehen und in Form und Farbe zu eigener Ausdruckskraft empfindet.

Wir führen das Indirekte an: Süs' Stellung in der Kunst ist etwas durchaus Eigenartiges: ein Wiederaufnehmen eines Lebens, der sich der Romantik gerührt, hinausgehend über jede romantische Art.

Das in Vorbereitung befindliche Schankstättengesetz, das in erster Linie auf eine Einschränkung der Konzession für Gastwirtschaften hinzielt, geht nicht nur die gemäßigten Interessenten an, sondern auch das breite Publikum, da im Gegenzug Einschränkungen aller Art vorgezogen sind.

Das neue Schankstättengesetz

Das in Vorbereitung befindliche Schankstättengesetz, das in erster Linie auf eine Einschränkung der Konzession für Gastwirtschaften hinzielt, geht nicht nur die gemäßigten Interessenten an, sondern auch das breite Publikum, da im Gegenzug Einschränkungen aller Art vorgezogen sind.

Das angekündigte Schankstättengesetz, das der Sache nach eine Abänderung der Gewerbeordnung sein soll, ist der erste Versuch in Deutschland, die Alkoholverträge im Sinne der Abstinenzbewegung zu lösen und ein allgemeines Alkoholverbotgesetz in die Wege zu leiten.

Das Feuerlöschwesen in Baden im Jahre 1921

Nach einer Sondererhebung des Statistischen Landesamts beträgt die Zahl der freiwilligen Feuerwehren in unserem Land 592, darunter befinden sich 35 Fabrik- und 10 Bahnhofsfeuerwehren.

Aufhebung der Güterabfertigung Friedrichsfeld-Süd

Schon seit 1 1/2 Jahren beschäftigt die Reichsbahndirektion Karlsruhe aus wirtschaftlichen Gründen den Güterverkehr in Friedrichsfeld, der die jetzt etwa zu gleichen Hälften sich auf die Bahnhöfe Friedrichsfeld-Nord und Süd verteilt, auf dem Bahnhof Friedrichsfeld-Süd zusammenzuführen und Friedrichsfeld-Süd als Güterstation aufzuheben.

Verbesserung der Güterwagen

Nach Beendigung des Krieges wurden zahlreiche Privatwerte zu Ausbesserungsarbeiten an Reichsbahnfahrzeugen herangezogen. Es sollten hierdurch die großen Kriegsschäden an den Eisenbahnfahrzeugen in kürzester Zeit ausgearbeitet, für die betreffenden Werte neue Arbeitsmöglichkeiten schnell geschaffen und bei dem großen Arbeitsbedarf weitausgehend Arbeitskräfte im Interesse der Volkswirtschaft ausgenutzt werden.

Heidelberger Erinnerungsstätten

Den irdischen nationalen Besitz, den der Name Heidelberg umschließt, seit dem allgemeinen Bewußtsein einzulösen, bezweckt ein neues Buch von D. Castellotti: 'Heidelberger Erinnerungsstätten'.

Hohehulmsnachrichten

Zur Wiederbesetzung des durch Berufung des Professors W. Jahn nach Berlin erledigten Lehrstuhls für Hygiene an der Universität Freiburg im Breisgau ist ein Ruf an den ordentlichen Professor Dr. med. Paul Schmidt-Galle ergangen.

Die Deutsche Revue geht ein

Die 'Deutsche Revue' geht ein. Die 'Deutsche Revue', die seit 17 Jahren erscheinende politische-literarische Zeitschrift, die von Richard Heißler bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart herausgegeben wird, stellt mit Rücksicht auf die allgemein bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Erscheinen ab.

Der Freidendbauer

'Der Freidendbauer', ein Volksstück in vier Akten, von dem in Vorrath-Ordnung lebenden Schriftsteller R. J. Dapper, erlebte Anfang Dezember am Landes-Theater in Karlsruhe seine Uraufführung.

Die für die Rückgabe nach den Entente-Ländern erforderlich ist. Auch bei diesen Ausbesserungen wird mit dem Abbau begonnen.

Neujahrseisen zum alten Tarif. Mit dem 1. Januar tritt wie gemeldet, wieder eine beträchtliche Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn ein, die über 100% beträgt.

Feigung deutscher Erbschaften. Dem Reichsrot ist ein Entwurf über die Ausprägung von Erbschaften im Nennwert von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark zugegangen.

Keine deutschen Arbeitskräfte für das Wiederaufbaugeschäft. An die Arbeitsnachweiser kommen seit einiger Zeit zahlreiche Anfragen von Arbeitssuchenden wegen Verwendung im Wiederaufbaugeschäft Nordfrankreichs.

Zeitgemäße Erfindung eines Sorg-Erlasses. Verschiedene Zeitungen brachten in letzter Zeit die Mitteilung, daß durch die enormen Preissteigerungen viele Städte nicht mehr in der Lage sind, bei Beerdigungen genügend mittelalter Personen die Sorge zu stellen.

Einstellung des Betriebs der Heidelberger Bergbahn. Die Heidelberger Straßenbahnverwaltung hat den Betrieb der Bergbahn zur Wollentur und zum Königstuhl wegen Unrentabilität eingestellt.

Badischer Mälierbund. Man schreibt uns: Seit Jahrhunderten ist es üblich, daß der Müller den Rohrlahn in Natura erhebt.

Das Fest der Silbernen Hochzeit feiern am morgigen Donnerstag Fried. Harimann und dessen Ehefrau Maria, geb. Biebler, L. 13. 6.

Von Furcht vor Strafe in den Tod. Gestern vormittag hat sich ein 22 Jahre altes Dienstmädchen auf dem Speicher einer Villa in der Pfalz aus Furcht vor Strafe erhängt.

Verhaftet wurden 69 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 29 Personen wegen Diebstahls und 10 auf Grund vorgenommener Gasthofkontrollen.

Weihnachtsfeiern

Weihnachtsfeier im Albinverein. Am letzten Sonntag nachmittag fand im inneren Niederhofsaal die Weihnachtsfeier des Albinvereins statt, die sich jeweils durch eine anziehende Stimmung und eine sorgfältige Vorbereitung durch die Herren und Damen des Vorstandes auszeichnete.

Goethes klassische Schilderung dagegen hat damals nicht, wie man bisher annahm, ins weite wirken können; sie wurde erst nach seinem Tode gedruckt. Die Entscheidung der Landeshoheit Heilbergs durch die romantischen Maler ist uns ja neuerdings gewiß geworden.

Kunst und Wissenschaft

Hohehulmsnachrichten. Zur Wiederbesetzung des durch Berufung des Professors W. Jahn nach Berlin erledigten Lehrstuhls für Hygiene an der Universität Freiburg im Breisgau ist ein Ruf an den ordentlichen Professor Dr. med. Paul Schmidt-Galle ergangen.

Ademilische Vorträge in Baden-Baden. Die von der Kurverwaltung mit Hilfe großzügiger Privathilfe in diesem Winter eingerichteten akademischen Vortragsreihen finden nach Neuauflage ihre Fortsetzung durch folgende Gelehrte der Heidelberger Universität: Geheimrat Anshütz, Freiler von Weizsäcker, Professor Gundolf, Prof. Diehl und Prof. Krayer.

Die 'Deutsche Revue' geht ein. Die 'Deutsche Revue', die seit 17 Jahren erscheinende politische-literarische Zeitschrift, die von Richard Heißler bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart herausgegeben wird, stellt mit Rücksicht auf die allgemein bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Erscheinen ab.

'Der Freidendbauer', ein Volksstück in vier Akten, von dem in Vorrath-Ordnung lebenden Schriftsteller R. J. Dapper, erlebte Anfang Dezember am Landes-Theater in Karlsruhe seine Uraufführung.

